

Stand: 23.02.2026 01:19:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2409

"Oktoberfestattentat - Respekt und Anerkennung für die Opfer"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2409 vom 06.06.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/3985 des KI vom 24.09.2019
3. Beschluss des Plenums 18/4186 vom 15.10.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 29 vom 15.10.2019



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Oktoberfestattentat – Respekt und Anerkennung für die Opfer

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihrer historischen Verantwortung für die gesellschaftspolitische Aufarbeitung des Oktoberfestattentats vom September 1980 gerecht zu werden und sich für umfassende Hilfen für die Opfer des Attentats einzusetzen.

Die Staatsregierung wird insbesondere aufgefordert:

- sich auf allen Ebenen für die weitere politische Aufklärung der rechtsextremen Hintergründe und Zusammenhänge des Oktoberfestattentats einzusetzen;
- das Oktoberfestattentat offiziell als rechtsterroristischen bzw. rechtsextremen Anschlag anzuerkennen;
- sich im Bund dafür einzusetzen, dass den überlebenden Opfern des Attentats ein Zugang zu Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz und aus den „Fonds für Terroropfer“ bzw. für „Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe“ beim Bundesamt für Justiz ermöglicht wird;
- einen eigenen bayerischen Fonds für Betroffene des Oktoberfestattentats einzurichten, der schnelle und unbürokratische finanzielle Hilfen zur Linderung von konkreten physischen, psychischen und materiellen Folgen des Attentats bereitstellt. Der bayerische Opferfonds sollte dabei nicht nur die Finanzierung von Sachleistungen ermöglichen, sondern jedem noch lebenden Opfer des Attentats einen festen Betrag als symbolische „Wiedergutmachung“ garantieren.

Begründung:

Beim Oktoberfestattentat handelt es sich um den größten rechtsextremen Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik. Durch eine am Eingang des Festgeländes deponierte Bombe kamen am 26.09.1980 13 Menschen zu Tode und weitere 211 wurden zum Teil schwer verletzt. Die Bombe wurde von dem rechtsradikalen Student Gundolf Köhler, der selbst bei dem Anschlag ums Leben kam, in einem Papierkorb deponiert. Er wurde von den zuständigen Sicherheitsbehörden sehr schnell als Einzeltäter dargestellt. Mögliche rechtsextreme Hintergründe der Tat und Kontakte von Köhler zur rechtsextremen Wehrsportgruppe Hoffmann wurden in den Ermittlungen unmittelbar nach dem Anschlag weitgehend vernachlässigt.

Viele Opfer leiden bis heute unter den körperlichen, psychischen und materiellen Folgen des Attentats. Da der Anschlag sehr schnell als die Tat eines psychisch verwirrten Einzeltäters dargestellt und die rechtsterroristischen politischen Hintergründe verleugnet wurden, haben die überlebenden Opfer bis heute auch keinen Zugang zu Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz oder zu anderen Fonds für Opfer rechter

oder rassistischer Gewalt. Sie wurden lediglich auf Leistungen durch das Landesversorgungsamt verwiesen. Viele Opfer fühlen sich deshalb durch Politik und Gesellschaft allein gelassen und vergessen.

Die Einstufung des Oktoberfestattentats als rechtsterroristischer bzw. rechtsextremer Anschlag ist eine notwendige Voraussetzung, um den überlebenden Opfern den Zugang zu Leistungen aus verschiedenen Bundesfonds für die Opfer rechter und rassistischer Gewalt zu ermöglichen. Außerdem brauchen die Betroffenen schnelle und unbürokratische Hilfen zur Linderung der unmittelbaren physischen, psychischen und materiellen Folgen der Tat. Sie leiden immer noch unter den Spätfolgen der körperlichen Verletzungen oder benötigen eine psychologische Betreuung. Kosten für eine Psychotherapie, für technische Hilfsmittel wie Gehhilfen, Rollstuhl oder orthopädische Schuhe, für notwendige Kuren oder Reha-Leistungen, werden oft nicht vom Versorgungsamt anerkannt.

Die Stadt München geht hier mit gutem Beispiel voran und stellt den Betroffenen in den Jahren 2018 und 2019 jeweils 50.000 Euro für konkrete Unterstützungsleistungen zur Verfügung. Dies ist auch ein Zeichen der Anerkennung und des Respekts gegenüber den Opfern des Oktoberfestattentats. Der städtische Fonds für die Opfer des Attentats kam durch einen interfraktionellen Ratsbeschluss zustande, an dem sich alle großen demokratischen Parteien SPD, CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Bayernpartei, ÖDP und DIE LINKE beteiligt haben. Fast 40 Jahre nach dem Attentat ist es nun an der Zeit, dass sich auch die Staatsregierung und der Landtag zu ihrer historischen Verantwortung bekennen und ein eindeutiges Signal der Solidarität und des Respekts gegenüber den Opfern beschließen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/2409

Oktoberfestattentat - Respekt und Anerkennung für die Opfer

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Katharina Schulze**
Mitberichterstatter: **Holger Dremel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 8. Sitzung am 3. Juli 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 24. September 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Martin Runge
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/2409, 18/3985

Oktoberfestattentat – Respekt und Anerkennung für die Opfer

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Nun die Frage an die fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk, ob sie sich einem und welchem Fraktionsvotum sie sich anschließen wollen. Herr Plenk? – Kein Votum. Herr Swoboda? – Also schließen Sie sich keinem Votum an. Insgesamt übernimmt der Landtag damit diese Voten.

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lärmschutz A 995
Drs. 18/2155, 18/4012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Brennstoffzellenzüge als Teil der Klimaoffensive
Drs. 18/2401, 18/4014 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steuergerechtigkeit realisieren – mehr Prüfungen bei Einkommensmillionärinnen und Einkommensmillionäre umsetzen!
Drs. 18/2408, 18/4042 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oktoberfestattentat – Respekt und Anerkennung für die Opfer
Drs. 18/2409, 18/3985 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner u. a. und Fraktion (AfD)
Abhörmaßnahmen gegen Bürger: Zulassung von Beweismitteln, die mittels digitaler Geräte in Wohnungen gewonnen wurden
Drs. 18/2554, 18/3938 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)
Sonnenschutz in Kindertageseinrichtungen in Bayern – Kinder vor Hautkrebs schützen
Drs. 18/2598, 18/4007 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Stefan Schuster u. a. und Fraktion (SPD)
Neue Polizeiuniform – Qualitätsmängel umgehend beheben!
Drs. 18/2599, 18/3986 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anpassung statt Symptombekämpfung – Staatliche Förderung von Schneekanonen beenden
Drs. 18/2622, 18/4046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung von Expertinnen und Experten zur Arbeit und Entlohnung der Inhaftierten im Justizvollzug
Drs. 18/2864, 18/3937 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum Modellversuch „Digitale Schule 2020“
Drs. 18/2870, 18/4017 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

17. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)
Patientensicherheit III: Multiresistente Erreger konsequent eindämmen
Drs. 18/2873, 18/4043 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Jürgen Baumgärtner, Sandro Kirchner, Alexander König u. a. CSU
Zukunft der Mobilität in ländlichen Regionen
Drs. 18/2107, 18/4015 (ENTH) [X]

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>